

## 15 Meter ins Seil gestürzt

Mit einer schweren bzw. leichten Verletzung endete gestern Vormittag eine Eisklettertour für zwei junge Deutsche (beide 28 Jahre) in Schlitters.

Gegen 10 Uhr wollten die beiden Kletteranfänger mit abgeschlossener Ausbildung den Eiswasserfall „Mc Drive“ nahe des örtlichen Gewerbegebietes bezwingen. Aufgrund eines plötzlichen Eisabbruchs stürzte der vorausgehende Mann rund 15 Meter ins Seil. Er zog sich dabei einen Sprunggelenksbruch zu. Der Pechvogel musste anschließend mittels Hubschrauber-Tau geborgen werden. Sein Begleiter wurde durch herabfallende Eisbrocken leicht verletzt.



Reiter präsentierte auch Rückblicke aus Hochwasserereignissen, wie etwa in Radfeld im Jahr 1965

Bürgermeister und Betroffene beim „Hochwassergipfel“ im Stoffelhäusl St. Gertraudi

# Enteignung für Hochwasserschutz

Dass im Rahmen der Schaffung von Retentionsflächen und der damit verbundenen Enteignungen in Österreich das Vorkommen der Braunbauchmaus einen höheren Stellenwert hat als Wirtschaftsbetriebe – darüber mussten bei allem Ernst der Lage alle Anwesenden am Freitag im Stoffelhäusl in St. Gertraudi schmunzeln.

Der Anlass war weniger lustig, ging es doch um die Frage der Einräumung von Zwangsrechten bzw. Enteignungen bei der Festlegung neuer Gefahrenzonen beim Hochwasserrisiko im Inntal. Der Ort wurde nicht ohne Hintergrund ausgesucht: Das 530 Jahre alte Stoffelhäusl hätte nach Berechnungen des Landes nämlich bereits fünf Mal weggeschwemmt werden müssen.

Martin Reiter hatte den Wiener Wirtschaftsanwalt Bernhard Umfahrer sowie den gerichtlich beeedeten Sachverständigen und EU-Konsulenten Johannes Ausserladscheiter zum „Dialog im Stoffelhäusl“ geladen.

Klar zutage kam, dass die so genannte EU-Hochwas-

serrichtlinie weniger vorsieht, als hierzulande oft geglaubt. „Österreich spielt wieder den Musterknaben und schiebt dafür dann den schwarzen Peter der EU zu“, glaubt Reiter. Vergleicht man die Gesetzeswerke seitens EU und Bund, dann stimmt das tatsächlich.

Auch in Tirol sei dies der Fall und die Diskussionsteilnehmer wünschten sich ein „Herausnehmen des Tempos“ beim derzeitigen Verfahren, das unzählige neue gelbe und rote Zonen verordnet und somit Bauten so-

wie Betriebsentwicklungen in Zukunft verhindert. Vor allem für die betroffenen Gemeinden eine Katastrophe. „Seitens der Behörde wird eine Baugenehmigung in der roten Zone auch dann abgelehnt, wenn der Bauwerber die Haftung und das Risiko übernehmen würde“, weiß BM Klaus Knapp aus Strass.

Die Dorfchefs und Betroffenen wollen sich nun in Gruppen formieren und mit Hilfe von Sachverständigen und Anwälten Alternativen erarbeiten, konstruktive Gespräche mit der Beamtenschaft führen und somit für Gemeinden, Betriebe und Private deutliche „Schadensbegrenzung“ erreichen.



Foto: Glaser

Umfahrer, Ausserladscheiter und Reiter (v. l.) mit alten Fotografien und Stichen von historischen Hochwasserereignissen.